

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

1 RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 805, KL. 2971, 2972, 2973, 2974

CHEFREDAKTEUR: WILHELM ADAMETZ - FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: DR. HELMUT JUNKER

Freitag, 22. September

Blatt 2666

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
=====

22. September (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, den 26. September:

15.00 Uhr, Floridsdorf, Am Spitz 1/201,
18.30 Uhr, Hietzing, Hietzinger Kai 1/2, Großer Festsaal

Mittwoch, den 27. September:

15.00 Uhr, Simmering, Enkplatz 2/1/112,
17.00 Uhr, Hernals, Elterleinplatz 14/1,
17.30 Uhr, Alsergrund, Währinger Straße 43,
18.15 Uhr, Innere Stadt, Stoß im Himmel 2/2/1, Festsaal.

Donnerstag, den 28. September:

16.00 Uhr, Neubau, Hermannsgasse 24-28/2,
17.00 Uhr, Landstraße, Karl Borromäus-Platz 3/1
17.30 Uhr, Josefstadt, Schlesingerplatz 4.

Ludwig Michalek zum Gedenken
=====

22. September (RK) Auf den 24. September fällt der 25. Todestag des Porträt- und Landschaftsmalers, Kupferstechers und Radierers Professor Ludwig Michalek. Er wurde am 13. April 1859 in Temesvár geboren und erhielt seine Ausbildung in Wien, wo er auch hauptberuflich als Lehrer an der Graphischen Lehr- und Versuchsanstalt verdienstvoll wirkte. Zahllos sind seine Bildnisse bedeutender Persönlichkeiten des österreichischen Kulturlebens. Seine Zeichnungen und Radierungen gewaltiger Werke der Technik erschlossen der zeitgenössischen Kunst ein neues Gebiet. Sie halten den Bau der Isonzobrücke bei Salcano und andere Objekte der österreichischen Alpenbahnen, wie Tunnelarbeiten und andere, meisterhaft fest. Michalek war auch der Herausgeber des Mappenwerks "Goethes Heimstätten", zu dem er Pastellzeichnungen von Frankfurt und Weimar beisteuerte. Der Künstler, der mit seinen Werken in bedeutenden Sammlungen vertreten ist, erhielt zahlreiche Ehrungen, darunter die Ehrenbürgerschaft der Wiener Technischen Hochschule, die Ehrenmedaille des Goethe-Vereins und der Stifter-Gesellschaft. Anlässlich seines 80. Geburtstages veranstaltete die Albertina im Jahre 1939 eine Kollektivausstellung seines Oeuvres.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

22. September (RK) Heute vormittag trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz seines Präsidenten Dr. Wilhelm Steinmer zur ersten Sitzung nach der Sommerpause zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt war das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Zustimmung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Bundesrats-Abgeordneten Ing. Rudolf Harramach wegen Verdachtes der Übertretung gegen das Pressegesetz.

Landtagsabgeordneter Dr. Weninger (ÖVP) stellte dazu als Referent fest, daß es sich um ein reines Formaldelikt handelt: In einem Blatt des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes für Bundesheerangehörige fehlte das im Pressegesetz geforderte Impressum. Das Immunitätskollegium hat beschlossen, dem Auslieferungsbegehren stattzugeben. Es bringt in diesem Zusammenhang in Erinnerung, daß es schon vor Jahren ersucht hat, Landtagsabgeordnete und Bundesräte mögen keine Funktionen übernehmen, die sie mit dem Pressegesetz in Konflikt bringen könnten. Das Gericht wird nun zu prüfen haben, ob der Verdacht wegen Übertretung gegen das Pressegesetz durch Bundesrat Ing. Harramach überhaupt zurecht besteht.

Dem Auslieferungsbegehren wurde ohne weitere Debatte einstimmig stattgegeben.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

22. September (RK) Die erste Sitzung des Wiener Gemeinderates nach der Sommerpause wurde durch Bürgermeister Bruno Marek eröffnet. Der Vorsitzende gab bekannt, daß vier Anfragen der ÖVP, zwei Anfragen der FPÖ und vier Anfragen der KLS-Fraktion vorliegen.

An Anträgen lagen vor: Ein FPÖ-Antrag, betreffend die gärtnerische Gestaltung der Rasenflächen beiderseits der Wundtasse im Bereich des Südwestfriedhofes und drei ÖVP-Anträge, betreffend "das Ersuchen der Stadt Wien um einen Einschaubericht des Rechnungshofes bei der

./.

Stadthallengesellschaft", "wirtschaftspolitische und verkehrstechnische Untersuchungen der Stadt Wien zum Projekt eines Donau-Oder-Kanals" und "Fahrbegünstigungen für Blinde bei den Wiener Verkehrsbetrieben". Die Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Gemeinderat a.D. Max Opravil hat seine Stelle als Mitglied des Verwaltungsausschusses der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zurückgelegt. Gemeinderat Adalbert Busta wurde für diese Funktion vorgeschlagen und vom Wiener Gemeinderat gewählt.

Kritik an der Anwendung des Paragraph 99

Gemeinderat Sagmeister (SPÖ) referiert sodann einen Antrag auf Neubau des Straßenzuges Knöllgasse-Windtenstraße. Dieser Straßenbau steht im Zusammenhang mit dem Umbau des Matzleinsdorfer Platzes. Neben den von den Verkehrsbetrieben durchzuführenden Gleisarbeiten soll in der Knöllgasse eine fünf Meter breite Fahrbahn gebaut werden und in der Windtenstraße eine sieben Meter breite. Der Ausbau der Gehwege ist vorgesehen. Das voraussichtliche Gesamtkostenerfordernis wird mit 4 Millionen Schilling veranschlagt. Für 1967 wird von diesem Betrag eine erste Baurate von 3 Millionen benötigt.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) kritisiert die vielen nach Paragraph 99 getroffenen Entscheidungen während der Sommerpause, durch die die Rechte des Gemeinderates geschnälert werden. Waren es bei der ersten Sitzung nach der Sommerpause im Jahr 1962 vier von 166 Geschäftsstücken, die gemäß Paragraph 99 bereits genehmigt worden waren, so sind von den heute vorliegenden 87 Geschäftsstücken bereits 21 vorgenehmigt. Der Redner bringt verschiedene Beispiele dafür, daß durchaus Zeit gewesen wäre, diese Geschäftsstücke rechtzeitig zu beschließen. So wurde der Antrag zu Post 49 der heutigen Tagesordnung, Umbauarbeiten in der Augenklinik des AKH, bereits am 24. Mai gestellt. Der Magistratsdirektor hat als letzter am 5. Juli unterschrieben. Es wäre also durchaus möglich gewesen, diesen Antrag in der Juli-Sitzung dem Gemeinderat vorzulegen. Dieses und ähnliche Beispiele zeigen, daß der Paragraph 99 als "Bequemlichkeitsparagraph" gehandhabt wird, verbunden mit einer deutlichen Geringschätzung des Wiener Gemeinderates. Gegen diese Praxis

müsse man jedoch protestieren.

GR. Neusser (ÖVP) gibt für seine Fraktion die Zustimmung zu dem vorliegenden Geschäftsstück, ist es doch in Verbindung mit der Straßenbahnverlegung die Voraussetzung für den verkehrsgemäßen Ausbau der Triester Straße. Der Redner vertritt jedoch die Meinung, daß man bei rechtzeitiger Planung hätte bedeutende Mittel sparen können. Man hat seinerzeit Untersuchungen über Ziel- und Quellgebiete für den öffentlichen Verkehr angestellt. Hätte man die Ergebnisse bei den Planungen für die Endstation der Linie 65 berücksichtigt, hätte man sich heute den Vorwurf über hohe Kosten verursachende abermalige Umbauten ersparen können. Der Redner richtet in diesem Zusammenhang die Frage an Stadtrat Heller, wann der Wiener Gemeinderat die Möglichkeit haben wird, über den Generalverkehrsplan zu beraten und Beschlüsse zu fassen. Im Zusammenhang damit wäre die Erstellung eines Struktur- und Raumplanes notwendig. Seit 1945 habe man für derartige Pläne Zeit gehabt, diese Zeit trotz der wiederholten Forderungen seiner Fraktion, aber nicht genützt.

Der Redner verweist auf das Beispiel der Stadt Coventry in England, der es mit Hilfe eines Generalverkehrsplanes in verhältnismäßig rascher Zeit gelungen sei, die Periode schwerster Kriegsschäden zu überwinden.

Aus der SPÖ-Fraktion kommt sofort die Begründung: in Coventry sei man sehr rigoros mit Enteignungsgesetzen umgegangen. Diese Zwischenrufe veranlassen die ÖVP zu heftigen Protesten, in der sie die Enteignung ablehnen.

In seinem Schlußwort beschränkt sich der Berichterstatter GR. Sagmeister darauf, nochmals um Annahme seines Antrages zu ersuchen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Marek: alle waren mit Paragraph 99 einverstanden

Vorsitzender Bürgermeister Bruno Marek betont, es wurde bereits vor dem letzten Gemeinderat mitgeteilt, daß der Stadtsenat auch im Sommer tagen werde. Er selbst habe sich jeweils in Beisein des betreffenden Stadtrates von der Notwendigkeit der gefällten Entscheidungen überzeugt.

"Ich lege Wert auf die Feststellung, daß ich als Bürgermeister die Rechte des Gemeinderates voll wahrer und ich lege ebenso Wert auf die Feststellung, daß alle Mitglieder des Stadtsenates der Anwendung des Paragraph 99 zugestimmt haben!"

Wiener Hafen: eine österreichische Angelegenheit

Gemeinderat Sagmeister (SPÖ) referiert über die Erhöhung des Sachkredites für die Tankerreinigungsanlage im Hafen Lobau um 950.000 Schilling. Die bereits 1963 vom Gemeinderat beschlossene Anlage wird damit insgesamt auf 20,750.000 Schilling zu stehen kommen.

Gemeinderat Bednar (SPÖ) nimmt das Geschäftsstück zum Anlaß, um die Zukunft des Wiener Hafens und vor allem des in letzter Zeit häufig erörterten Ausbaues des Donau-Oder-Kanals zu diskutieren. Er verweist auf die Initiative des Bürgermeisters, der bereits im Vorsommer in einem Memorandum an die Oberste Schifffahrtsbehörde und jüngst in einem Telegramm an die Bundesregierung gebeten hatte, die Belange der Bundeshauptstadt bei den internationalen Verhandlungen, die gegenwärtig um den Kanal Ausbau laufen, zu wahren. Es seien nämlich Pläne vorhanden, den Donau-Oder-Kanal in Preßburg und nicht in Wien in die Donau münden zu lassen.

Eindeutig und unwidersprochen stellt Bednar fest, daß der Kanal und seine Zukunft nicht eine Wiener oder eine niederösterreichische Angelegenheit sei, sondern eine gesamtösterreichische. Nicht zuletzt, weil der von Österreich allein zu bauende Stichkanal durch das Marchfeld in weiterer Folge die Verbindung zur Nordsee und damit ein neues Ausfallstor für die heimische Wirtschaft darstelle.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Wiens Beitrag zu UNO-Zentrum

Gemeinderat Hans Mayr (SPÖ) beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, unter Zugrundelegung einer mit dem Bundesministerium für Finanzen getroffenen Vereinbarung über die Leistungen des Bundes und der Stadt Wien im Zusammenhang mit der Ansiedlung von internationalen Organisationen, die Planung und Durchführung des Projektes eines UNO-Zentrums im Donaupark in Angriff zu nehmen.

Als erste Etappe seien für die definitiven Amtssitze für die UNIDO rund 250 Millionen, für das Amtsgebäude der Internationalen Atomenergie-Kommission 250 bis 300 Millionen und für ein Konferenzgebäude 300 bis 400 Millionen veranschlagt. Die Leistungen der Stadt Wien würden vereinbarungsgemäß 35 Prozent dieser Beträge ausmachen.

GR. Schreiner (SPÖ) nennt den bevorstehenden Beschluß einen Markstein in der Entwicklung Wiens, der darüber hinaus das Ansehen ganz Österreichs heben werde. Der Redner betont die bisher angenehme und erfreuliche Zusammenarbeit zwischen Bund und Stadt Wien und spricht die Hoffnung aus, daß ein so gutes Verhandlungsklima auch in Gesprächen über andere Problemkreise möglich sein werde.

Zur Standortwahl: die Lage sei sehr günstig, nicht nur geographisch, sondern auch im Hinblick auf das Erholungsgebiet um die Alte Donau und die gute Verkehrslage.

Der Beitrag Wiens sei sehr groß, meint GR. Schreiner. Nicht nur trage die Bundeshauptstadt 35 Prozent aller entstehenden Kosten, sie stelle auch den Baugrund gratis zur Verfügung, schaffe die Anschlußmöglichkeiten und besorge die Verkehrser-schließung innerhalb des ganzen Geländes.

Die seinerzeit gegen den Standort der UNO-City vorgebrachten Argumente seien mittlerweile zur Gänze entkräftet worden, betont der Redner zum Schluß und stellt fest, daß die sozialistische Fraktion zu dem Antrag ein begeistertes Ja sagen werde.

GR. Bittner (ÖVP) lobt die erfreulichen Initiativen, die es in Wien zur Gewinnung internationaler Organisationen gibt, und erinnert daran, daß sich auch das Österreichische Institut für Raumplanung für die Wahl des WIG-Geländes als Standort der UNO-City ausgesprochen habe.

Die Stadt Wien könne, erklärt Bittner, nicht allein von ihrer Vergangenheit leben. Es gehe darum, der Gegenwart einen Sinn zu geben. Dieser Sinn liege in einer immer engeren Verbindung mit den internationalen Organisationen. Damit laufe Wien anderen - teils viel größeren - Städten den Rang ab und gelange so wie New York und Genf zur Bedeutung einer Art "Welthauptstadt".

Deshalb dürfe Wien die Welt nicht nur unter dem Aspekt des Tourismus betrachten, sondern müsse andere Maßstäbe setzen. Durch Projekte wie das der UNO-City werde die österreichische Hauptstadt mit den geistigen Vorgängen in der Welt konfrontiert.

GR. Bittner geht zum Schluß auf die architektonische Seite des Projekts ein und schickt voran, daß Wien durch kühne Planung ein neues Stadtgesicht erhalten müsse. Er begrüße es, daß zu diesem Zweck ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben werden wird. Er müsse aber daran erinnern, daß auch die Zusammensetzung der Jury von Bedeutung ist. Sonst könne es nämlich geschehen, daß kühne Ideen von kleinlicher, bürokratischer Denkweise ungebracht würden.

Der Redner korrigiert in diesem Zusammenhang auch einen Bericht, daß im Falle der UNO-City "so wie immer" ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben werden wird und erinnert daran, daß es sehr große Projekte gegeben habe, bei denen leider eine internationale Ausschreibung unterblieben ist.

In seinem Schlußwort würdigt GR. Hans Mayr (SPÖ) die erfreuliche Einigkeit der Ansichten und spricht die Hoffnung aus, die Einigkeit werde auch in allen weiteren Beratungen zu diesen großen Fragenkomplex anhalten.

Der Antrag wird schließlich einstimmig angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Die ersten Folgen des neuen Gesetzes:Wohnbauförderungsmittel für alle Bundesländer radikal gekürzt
=====Schwere Auswirkungen für Wohnungsuchende und Bauwirtschaft

22. September (RK) Das Bundesministerium für Bauten und Technik hat nunmehr den Ämtern der Landesregierungen mitgeteilt, welche Mittel für die Wohnbauförderung auf Grund des neuen Gesetzes für das Jahr 1968 voraussichtlich zur Verfügung stehen werden. Wien wird aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds und aus dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zusammen 240 Millionen Schilling erhalten, während es bisher 629 Millionen Schilling bekam. Die Auswirkungen des neuen Gesetzes, das von den Vertretern Wiens stets auf das schärfste bekämpft worden war, ~~treffen~~ aber auch alle anderen Bundesländer hart. So erhalten das Burgenland 16,4 Millionen (bisher 47), Kärnten 40 Millionen (bisher 151), Niederösterreich 99 (bisher 302), Oberösterreich 97 (bisher 179), Salzburg 36,5 (bisher 62,5), Steiermark 92,5 (bisher 157), Tirol 25,5 (bisher 56), Vorarlberg 26 (bisher 27).

In einem Gespräch mit einem Vertreter der "Rathaus-Korrespondenz" drückte Wiens Finanzreferent, Landeshauptmann-Stellvertreter und Vizebürgermeister Felix Slavik sein Bedauern darüber aus, daß die Ländervertreter, solange dazu Gelegenheit war, nicht einheitlich gegen die den gesamten Wohnbau in Österreich so schwer beeinträchtigenden Bestimmungen des neuen Gesetzes aufgetreten sind. Die Zersplitterung brachte damit nicht nur den Wienern, sondern auch der wohnungsbedürftigen Bevölkerung, dem Baugewerbe und allen damit zusammenhängenden Wirtschaftszweigen einen in seinen Auswirkungen noch nicht abzuschätzenden Schaden.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes):

Stadt Wien rettet Raimundtheater

GR. Ascherl (SPÖ) legt dem Gemeinderat den Antrag vor, eine Sondersubvention in der Höhe von zwei Millionen Schilling für das Raimundtheater zu bewilligen. Zu dem Antrag führt der Berichterstatter aus:

Das Theatergebäude in der Wallgasse und das inzwischen abgebrannte Depotgebäude in der Märzstraße wurden nach Abschluß eines Rückstellungsverfahrens im Jahr 1953 dem Raimundtheater-Verein zurückgestellt. 1955 wurden von der Wiener Theaterbetriebsges.mBH, der Pächterin des Raimundtheaters, Anteile um rund 339.000 Schilling angekauft. 1956 wurden diese Anteile ohne Gewinnaufschlag dem Verein "Gesellschaft zur Förderung wissenschaftlicher Forschung" übertragen. Damit war dieser Verein Eigentümer nicht nur der Majoritätsanteile des Raimundtheater-Vereins, sondern auch sämtlicher Gesellschaftsanteile der Wiener Theaterbetriebsges.mBH geworden.

1958 beschloß diese Gesellschaft die freiwillige Selbstauflösung, 1963 wurde sie aus dem Vereinsregister gelöscht. Von einem Wiener Kreditinstitut war der Gesellschaft jedoch ein großes Darlehen gewährt worden, wobei die Besitzrechte am Raimundtheater dem Kreditinstitut als Pfand übergeben wurden.

Um die Liquidation beenden zu können, wurde der Geschäftsführung des Raimundtheaters von den Liquidatoren der Auftrag erteilt, den Theaterbetrieb mit Ablauf der Saison 1966/67 einzustellen.

Auf Grund zahlreicher Interventionen versuchte die Stadt Wien in langwierigen Verhandlungen einen Weg zu finden, der die Schließung des Theaters verhindern sollte. Bei diesen Bemühungen wurde vor allem auch in Betracht gezogen, daß das Theater seit Jahren eine ausgezeichnete Besucherfrequenz hat. Nach Abschluß der Verhandlungen konnte man nun einen reibungslosen Betrieb der Herbstsaison 1967/68 sichern.

Die Kosten dieser Sanierung werden mehr als vier Millionen Schilling betragen, zu denen die Stadt Wien zwei Millionen Schilling beitragen soll. Die Differenz will man auf andere Weise aufbringen. Damit wird die Wiener Theaterbetriebsgesellschaft in der Lage sein, die bisherigen Eigentumsrechte des Vereins "Gesellschaft zur Förderung wissenschaftlicher Forschung" am Raimundtheater zu erwerben.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) deckt in der Debatte die, wie er sagt, "Bemerkenswerten Hintergründe" dieser Angelegenheit auf. So schienen zum Beispiel in der 1953 von drei Personen gegründeten Theaterbetriebsgesellschaft plötzlich bei der Generalversammlung im Herbst 1955 eine Reihe von Politikern auf, unter ihnen der damalige Nationalrat Polcar und Nationalrat Prinke. Als die Anteile dem Verein "Gesellschaft zur Förderung wissenschaftlicher Forschung" übertragen wurden, nahm die Gesellschaft eine hohe Hypothek auf das Theater auf. Im Vorstand dieser Gesellschaft saßen wieder prominente ÖVP-Politiker, unter ihnen Polcar und Prinke. Laut Statuten handelte es sich bei dieser Gesellschaft um einen gemeinnützigen Verein. Wie Gemeinderat Mayr jedoch betont, wage er die gemeinnützige Verwendung der Gelder dieser Gesellschaft anzuzweifeln. Außerdem sei die Absicht der Liquidatoren, das Gebäude abreißen zu lassen, zweifellos verschiedenen Grundstücksspekulationen entsprungen.

Um nun dieses beliebte und vielbesuchte Theater zu retten und die Arbeitsplätze zahlreicher Künstler und Bühnenarbeiter zu erhalten, ist die Gemeinde Wien, wie schon oft, wieder einmal in die Bresche gesprungen. Allein diese Subvention sowie zwei weitere Theatersubventionen, die heute vom Wiener Gemeinderat beschlossen werden, zeigen, daß die Stadt Wien keineswegs theaterfeindlich ist, wie manchmal behauptet wird.

Im Schlußwort meint Berichterstatter GR. Ascherl, es werde des öfteren kritisiert, daß in Wien für die Privattheater zu wenig geschehe. Wie verworren die Verhältnisse auf diesem Gebiet jedoch oft sind, ging aus den Worten von GR. Mayr hervor. Wieviel die Gemeinde Wien andererseits auf diesem Gebiet tatsächlich leistet, zeigen allein die beiden folgenden Zahlen: Die ersten Förderungsbeiträge für die Wiener Privattheater wurden 1949 ausgeschüttet; sie betragen damals 345.000 Schilling. Dieser Betrag wurde in den folgenden Jahren außerordentlich stark erhöht.

1966 zum Beispiel erhielten die drei großen Privattheater (Josefstadt, Volkstheater und Raimundtheater) 11,5 Millionen, das Theater an der Wien 7,5 Millionen, das Theater der Jugend mehr als 1,5 Millionen und die Mittel- und Kleinbühnen rund eine Million Schilling; für das Jugendabonnement wurden zusätzlich 1,6 Millionen Schilling von der Stadtverwaltung ausgegeben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Dianabad - Wasser aus neuem Brunnen

GR. Bednar (SPÖ) referiert den Antrag, die Errichtung eines neuen Horizontalfilterrohrbrunnens für den Neubau des Dianabades zu genehmigen. Dieser Brunnen soll an die Stelle der sieben alten treten, aus denen das ehemalige Dianabad das Wasser bezog. Die Kosten für den ~~Brunnenbau~~ werden 1,6 Millionen Schilling betragen; als erste Baurate für 1967 sind 800.000 Schilling vorgesehen.

GR. Dipl.-Ing. DDR. Strunz (ÖVP): Auch der neue Brunnen wird keine Trinkwasserqualität haben.

Das für das neue Dianabad vorliegende Arbeitsmodell läßt auf ein sehr schönes Bad hoffen, das mit seinem 50-Meter-Schwimmbecken, auch dem Leistungssport gibt, was er in Wien braucht.

Im folgenden ging der Debattenredner auf frühere Gemeinderatsdiskussionen um das Bäderbauprogramm ein, in denen die Schaffung von 50-Meter-Schwimmbahnen wiederholt gefordert wurde. Es sei erfreulich, daß eine solche Anlage auch für das Stadthallenbad vorgesehen ist.

In seinem Schlußwort versichert GR. Bednar, daß bei allen wasserrechtlichen Angelegenheiten die Gesundheitsbehörde stets das letzte Wort hat. Dadurch ist gewährleistet, daß den Wienern nur erstklassiges Trinkwasser geliefert wird und auch das Wasser für die Bäder allen Anforderungen entspricht.

Im übrigen könnte Wien mit seinem großzügigen Bäderbauprogramm schon viel weiter sein, hätte die ÖVP nicht verhindert, daß hier Olympische Spiele durchgeführt werden.

In der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Zählergebühr und Heizgasrabatte

Stadträtin Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) referiert den Antrag auf Wiedereinführung der Gas-Grundgebühren, jetzt "Zählergebühren" genannt. Die letzte Bewertung des Gaspreises erfolgte 1951. Die Erhöhung des Kubikmeterpreises um acht Prozent im Jahr 1958 wurde durch die gleichzeitige Heizwerterhöhung um rund zehn Prozent mehr als ausgeglichen. Seit 1955 hatten die Haushalte keine Gas-Grundgebühr mehr zu bezahlen.

Dem steht gegenüber, daß der Personalaufwand der Gaswerke seit 1951 um das Zweieinhalbfache, die übrigen Unkosten auf das Dreifache gestiegen sind. Die Anschaffungskosten und der Erhaltungsaufwand für die Gaszähler haben sich seit 1949 mehr als verdoppelt. Dies alles führte zu einer laufenden Verschlechterung der Ertragslage bei den Gaswerken. Das Defizit erreichte 1966 schon 83 Millionen Schilling. Nachdem die zuständigen Preisbehörden die notwendigen Zustimmungen erteilt haben, müssen die Gaswerke daher an den Gemeinderat den Antrag stellen, die Gaszählergebühren neu festzusetzen. Die neuen Gebühren sollen mit 1. Oktober in Kraft treten.

Bei der Staffelung der neuen Zählergebühren ließ man sich stark von sozialen Erwägungen leiten. 92,4 Prozent aller Zähler stellen die beiden kleinsten Typen, für die nur 2.50 beziehungsweise fünf Schilling monatlich eingehoben werden. Die Gebühren werden als teilweises Entgelt für die Beistellung und Wartung der Gaszähler eingehoben, sind im vorhinein fällig und auch bei zeitweiliger Nichtbenützung der Gasanlage zu bezahlen.

Zur Information des Wiener Gemeinderates über weitere wirtschaftliche Maßnahmen der Gaswerke teilt Stadträtin Dr. Schaumayer mit, daß die bisher üblichen Rabatte für Gas, das zur Raumheizung verwendet wird, nicht mehr gewährt werden können. Gerade der Heizgasverbrauch mit den dadurch hervorgerufenen Winterspitzen machte große Investitionen nötig. In Zukunft werden alle Gasabnehmer einheitlich 94 Groschen pro Kubikmeter zu bezahlen haben.

Von der Abschaffung der Rabatte sind insgesamt 53.562 Abnehmer, das sind sieben Prozent aller Gasverbraucher, betroffen. Für sie ergibt sich eine Mehrbelastung von durchschnittlich sieben Schilling pro Monat. Diese neue Regelung tritt mit der nächsten Zählerablesung im November beziehungsweise Dezember in Kraft.

Zum gleichen Zeitpunkt sollen, ebenfalls aus Gründen der angespannten wirtschaftlichen Situation der Gaswerke und zur Vereinheitlichung, die Rabatte an Gewerbe und Industrie gekürzt werden. Es werden davon 1.320 Betriebe betroffen.

Abschließend stellt die Referentin fest, daß alle diese Maßnahmen nur unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse getroffen werden. Die sozialen Momente werden jedoch auch weiterhin beachtet werden.

GR. Karger (KLS) verweist darauf, daß die Beistellung und Wartung eines Gerätes wie des Gaszählers im Interesse der Gaswerke und nicht der Gasbezieher liege, daß nunmehr also für ein Meßinstrument und nicht für die Ware eine ständige monatliche Gebühr bezahlt werden muß. Man hat im Jahre 1955 dieses Unrecht der Einhebung einer Zählergebühr beseitigt und dies als eine "soziale Tat" hingestellt. Die Wiedereinführung kann also daher zu Recht als "unsoziale Tat" bezeichnet werden. Es sei auch kein Argument für die Wiedereinführung der Gebühr, daß der Gaspreis seit 16 Jahren nicht erhöht wurde. Die Produktivität hat sich nicht zuletzt durch die Anstrengungen der Bediensteten stark erhöht. Während der Personalstand um ein Drittel geringer ist, hat sich die Produktion verdoppelt. Man darf daher auch nicht den Personalaufwand als Anlaß für Erhöhungen zitieren. Die Referentin hat von Mindereinnahmen und von einem Defizit gesprochen. Bilanzen kann man so erstellen wie Statistiken. Tatsache ist, daß die Gaswerke nach wie vor aktiv sind, was ja auch der Rechnungsabschluß 1966 zeigt.

Das Defizit wird nur dadurch erzielt, daß Millionenbeträge an die Verkehrsbetriebe gehen. Dadurch können notwendige Rohrlegungsarbeiten und notwendige Investitionen nicht in genügendem Maß vorgenommen werden.

Bei der seinerzeitigen Schaffung der Stadtwerke wurde davon gesprochen, "kleine Defizite" untereinander auszugleichen. Heute kann man kaum von kleinen Defiziten sprechen, sondern von großen Beträgen, die es den aktiven Betrieben verwehren, auf ihrem eigenen Gebiet die nötigen Investitionen vorzunehmen. Es sei nicht einzusehen, warum der Gasbezieher die Straßenbahn, die er vielleicht gar nicht benützt, subventionieren soll. Durch diese falsche Politik sind die Gaswerke vielfach nicht in der Lage, ihr Netz entsprechend auszubauen und Ansuchen um Neuanschlüsse zu bewilligen.

Seine Fraktion lehne es ab, den Wienern für ein aktives Unternehmen neue Belastungen aufzubürden. Überlegungen müsse man anstellen über die notwendigen Erdgaslieferungen. Es soll ein holländisches Angebot vorliegen und eines der Sowjetunion, das noch weitaus günstiger wäre. Der Redner ersucht um Mitteilung über den Stand der Verhandlungen und auch darüber, auf welcher Basis Besprechungen mit der ÖMV über Erdgaslieferungen geführt werden.

Ist sich der Gemeinderat bewußt, daß mit dem heutigen Antrag die Summe der Erhöhungen und damit die Belastungen für die Wiener Bevölkerung auf mehr als 600 Millionen allein im heurigen Jahr gestiegen sind? Das macht pro Kopf 380 Schilling aus!

GR. Peter (FPÖ) geht zunächst auf seinen Vorrödnner ein, dem er vorwirft, eine soziale Einstellung zwar in Wien zu verlangen, sie aber in den eigenen Ländern unverwirklicht zu lassen. Dann bricht er über die Gaswerke den Stab, die er als Monopolbetrieb bezeichnet. Die Ausweichmöglichkeiten auf Flaschengas bagatellisiert er. Auf jeden Fall fürchtet der Redner, daß aus den indirekten Erhöhungen eine ganze Reihe von Wirtschaftssparten direkte Preissteigerungen ableiten werden.

Aus dem ersten Vierteljahresbericht der Stadtwerke zitiert Peter einen 41 Millionen Schilling-Gewinn. Seine Partei werde gewinnbringenden Unternehmen keine direkten oder indirekten Erhöhungen der Preise gestatten.

Neue Zählergebühr bringt 32 Millionen

In ihrem Schlußwort bemerkt Stadträtin Dr. Schaunayer; die geschätzten Mehreinnahmen auf Grund der neuen Zählergebühren werden sich zwar auf 32 Millionen belaufen, man dürfe aber nicht vergessen, daß sich die Zahl der Gasanschlüsse seit 1955 um rund 50 Prozent erhöht habe. Und zwar nicht Kleingan-
schlüsse, sondern vornehmlich Heizungsanschlüsse. Diese bringen bekanntlich infolge ihrer temperaturbedingten einseitigen Bedarfszeiten besonders hohe Kosten für die Gaswerke. Zu dem angeblichen Gewinn: Die Ziffern des ersten Vierteljahres, wo man noch geheizt habe, weisen natürlich ein Plus auf, aber bereits nach dem zweiten Vierteljahr sei insgesamt gesehen - und ohne die Verkehrsbetriebe zu unterstützen - bereits ein Verlust da-
gewesen. Allein im Juli war der "Erfolg" minus 23 Millionen Schilling! Sogar dringendst notwendige Aufwendungen für das Rohrnetz mußten zurückgestellt werden.

Mit aller Entschiedenheit verwahrte sie die Stadtwerke gegen die Unterstellung, daß die Personalkostenerhöhung einen Undank gegenüber den Mitarbeitern darstelle. Das Gegenteil sei der Fall, und man sei stolz darauf, heute mit weniger Arbeitskräften eine größere Leistung zu erzielen und dem einzelnen Bediensteten das, was der Personalkostenerhöhung zum Vorwurf gemacht wurde, nämlich einen "größeren Schilling" vergeudet zu haben, geben zu können.

Auf eine Anfrage der kommunistischen Fraktion eingehend, bestätigt die Stadträtin, daß beim Erdgas eine ernste Situation herrsche. Die Vertreter der Wiener Stadtwerke stünden in intensiven Verhandlungen mit der ÖMV und machten alle Anstrengungen, eine gesicherte Versorgungslage für die Wiener Verbraucher zu schaffen.

Auch die Importbenühungen seien, sagt StR Dr. Schaunayer, eine sehr dringliche Frage. Die kommunistischen Wiener Gemeinderäte könnten sich um die Bundeshauptstadt sehr verdient machen, wenn sie bei ihren - stets sehr preisbewußten - sowjetischen Freunden eine günstige Regelung erreichen könnten.

Die Wiener Gaswerke, führte die Rednerin aus, hätten kein Heizungsmonopol. (Zwischenruf GR.Peter (FPÖ): "Die Gaswerke haben das Monopol der Gasabgabe!") Bei den "Heizungskonkurrenten" des Energieträgers Gas habe es in den abgelaufenen Jahren große Preissteigerungen gegeben. In der Gesamtschau sei und bleibe das Stadtgas der günstigste Energieträger innerhalb der vergleichbaren Maßstäbe.

Der Antrag wird mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Bruno Marek schließt die Sitzung.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

22. September (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:
Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Gurken 1,50 S bis 2 S je Kilo, Paprika 30 g bis
60 g je Stück, Paradeiser 3 S je Kilo

Obst: Birnen 4 S bis 6 S je Kilo, Weintrauben 6 S bis
8 S je Kilo, Zwetschken 4 S bis 8 S je Kilo

- - -

Koordinierung im Heilbäderwesen
=====Empfang für internationalen Kongreß im Wiener Rathaus

22. September (RK) Gegenwärtig findet in Wien eine Delegiertentagung der Internationalen Vereinigung für Balneologie und Klimatologie statt. In dieser Vereinigung sind nationale, regionale und lokale Organisationen der Bäder- und Klimaheilkunde zusammengeschlossen. Sie bezweckt die Förderung der Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Kurortwesens. Ihr gehört auch der Österreichische Heilbäder- und Kurortverband an.

Gerade in der jetzigen Zeit, die an den Menschen besondere Anforderungen stellt, ist die Sorge um die Erhaltung der menschlichen Schaffenskraft sehr aktuell. In jüngster Zeit gewinnen die bereits im Altertum bekannten Bäderkuren wieder an Bedeutung. Die Nutzung natürlicher Heilvorkommen und ihre Anwendung hat wieder größte Anerkennung in der Medizin gefunden. Die Errichtung moderner Kurorte und Kurorteinrichtungen, die bestmögliche Nutzung der vorhandenen Heilvorkommen, aber auch die wirtschaftliche Führung solcher Anlagen bedürfen eingehender wissenschaftlicher, wirtschaftlicher und technischer Überlegungen.

Die Delegierten der Tagung besuchten außer Wien auch Baden, Bad Ischl, Bad Hofgastein, Badgastein und Warmbad Villach. Heute mittag gab die Wiener Stadtverwaltung für sie einen Empfang, bei dem die Gäste von Vizebürgermeister Felix Slavik im Beisein von Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel und den Stadträten Dr. Otto Glück und Hubert Pfösch begrüßt wurden.

Vizebürgermeister Slavik unterstrich neben der Bedeutung der Heilbäder- und Klimakuren für die Volksgesundheit auch die wirtschaftliche Seite. Es handelt sich um einen wesentlichen Faktor des Fremdenverkehrs. In Österreich zum Beispiel wird mit diesem das Defizit der Handelsbilanz abgedeckt.

Wer nur Klima verkauft, hat es leichter. In Heilbäder muß man aber auch investieren. Man kann sich auf den Standpunkt stellen, Heilbäder können nur von jenen in Anspruch genommen werden, die sich das auch leisten können, ein Standpunkt, der unserer Meinung nach auf die Dauer nicht haltbar ist. Vor allem die Sozialversicherungsinstitute haben es sich daher zur Aufgabe gestellt, den Besuch von Heilbädern für alle, die solche brauchen, zu ermöglichen.

Im Namen der Gäste dankte der Vizepräsident der Internationalen Vereinigung für Balneologie und Klimatologie, Dr. Erich Rütten, für den herzlichen Empfang im Wiener Rathaus und berichtete über die erfolgreiche Arbeit des Kongresses.

- - -

Empfang im Rathaus

=====

22. September (RK) Mit einem Empfang in den Wappensälen des Wiener Rathauses schloß das III. Symposium für Industriellen Pflanzenbau. Die Stadt Wien war durch Stadtrat Heller vertreten, der zusammen mit den Stadträten Dr. Maria Schaumayer und DDr. Prutscher zu dem Empfang erschienen war.

- - -